



München, den 18.12.2023

Geplante Haushaltskürzungen im landwirtschaftlichen Bereich

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

derzeit stehen viele bäuerliche Betriebe stark unter Druck. Viele klagen z. B. über Absatzprobleme, das Höfesterben setzt sich deutschlandweit fort. Die Streichung der Agrardiesel-Beihilfe und der Kfz-Steuer-Befreiung für landwirtschaftliche Maschinen im Bundeshaushalt 2024 sind deshalb zum aktuellen Zeitpunkt schwer verständlich.

Im Rahmen der notwendigen Haushaltskonsolidierung nach dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir bei den internen Beratungen ausdrücklich davor gewarnt, die Agrardiesel-Beihilfe zu streichen und die Landwirtschaft damit überproportional zu belasten.

Unbenommen: Es gibt gute Gründe dafür, dass die Agrardieselvergütung in den kommenden Jahren fallen soll. Allerdings nicht, um andere Löcher im Haushalt zu füllen, sondern um das Geld sinnvoll in die nachhaltige Landwirtschaft zu investieren.

Einem etwas größeren landwirtschaftlichen Betrieb in Bayern (50 Hektar, Bio-Ackerbau) kosten die Änderungen bei Diesel und Kfz-Steuer rund 6000 Euro im Jahr. Gleichzeitig ist ohne alternative Antriebsenergien für Klima und Umwelt nicht viel gewonnen: Statt der mechanischen Unkrautbekämpfung mit dem Traktor werden voraussichtlich wieder mehr Spritzmittel eingesetzt. Das schadet den Pflanzen, der Tierwelt und unserem Trinkwasser. Langfristig brauchen wir also einen Ausweg aus der fossilen Abhängigkeit der Landwirtschaft. Dafür benötigen wir mehr Forschung in und Unterstützung für klimafreundliche Biokraftstoffe im Eigenverbrauch, beispielsweise aus Raps- und Soja-Öl.



Die Landwirtinnen und Landwirte zahlen einen zu hohen Preis für die voraussichtliche Einsparung von rund 920 Millionen Euro. Viele kämpfen ohnehin um ihre Existenz. Denn auch der Wettbewerbsnachteil innerhalb der EU ist ein Problem. In wichtigen Wettbewerbsländern (u.a. Frankreich, Niederlande, Spanien, Österreich) gilt eine Kfz-Steuer-Befreiung (EU-Vergleich 2021). Wir setzen uns für den Erhalt der bayerischen Höfe ein – so, dass Landwirt*innen von ihrer Arbeit verlässlich leben können und alle Leute in Bayern davon profitieren.

Die eingesparte Summe ließe sich auf anderem Weg deutlich leichter erlösen: Durch ein angepasstes Dienstwagenprivileg. Eine Dienstwagenbesteuerung auf Basis des CO₂-Ausstoßes des Autos oder durch eine pauschale Erhöhung der 1%-Regel auf 2% hätte einen mehrfachen Mehrwert: Erstens eingespartes Steuergeld, zweitens weniger klimaschädliche Abgase. Und drittens stimmt auch die soziale Komponente. Vom Dienstwagenprivileg profitieren vor allem die Einkommensstärksten, die Verringerung des Steuervorteils können sie deutlich besser schultern.

Wir bitten Sie inständig, die angedachten Streichungen im landwirtschaftlichen Bereich zu überdenken und den Haushalt 2024 über andere Maßnahmen mit weniger schwerwiegenden Folgen zu konsolidieren.

Mit besten Grüßen

Katharina Schulze, MdL
Fraktionsvorsitzende

Eva Lettenbauer, MdL
Landesvorsitzende
Grüne Bayern

Mia Goller, MdL
Sprecherin für
Landwirtschaft